

Protokollerklärung des Freistaats Bayern zu TOP 3.1 – Energiepreise und Energieversorgungssicherheit

Das aktuell von der Bundesnetzagentur genehmigte Wasserstoff-Kernnetz ist für den Süden Deutschlands und Bayern absolut unzureichend und enttäuschend. Das Netz ist ein Netz für den Norden und vernachlässigt den Süden. Der Freistaat verfügt über 20 Prozent der Landesfläche und liefert fast 25 Prozent der industriellen Wertschöpfung in Deutschland, soll aber nur rund elf Prozent Anteil am Wasserstoff-Kernnetz erhalten. Aufgrund unzureichender Rahmenbedingungen gibt es zum Teil nicht einmal ein Unternehmen, das sich verbindlich bereit erklärt, die geplanten Leitungen tatsächlich zu bauen. Das kann und darf so nicht bleiben, weil ansonsten eine strukturelle Unterversorgung der Industrie im Süden und erhebliche Verzögerungen beim Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft in Bayern drohen. Der Freistaat Bayern fordert daher mit Nachdruck Nachbesserungen an den Planungen. Es muss gewährleistet sein, dass Bayern als starker Wirtschaftsstandort seine nötige Versorgungssicherheit erhält und dass die in Bayern dringend benötigten Gaskraftwerke an das Kernnetz angeschlossen werden können. Die Kraftwerksstrategie des Bundes ist ohnehin insgesamt unzureichend und muss dringend nachgebessert werden. Ansonsten droht die Gefahr, dass keine entsprechenden Angebote in den Ausschreibungen eingehen. Dies wäre fatal für die Versorgungssicherheit in ganz Deutschland.